

# Bildungs-Info

Mai 1981

Von Darmstädter Studenten für die Darmstädter Bevölkerung

Themen: - Bafög  
- Mittelkürzungen

»ICH TRINKE  
KROLLMEISTER,  
DAMIT ICH MIR MEINE  
AUSBILDUNG WENIGSTENS  
EINBILDEN KANN«



(Die 2. und Letzte von allen)

KROLLMEISTER. ZU WENIG FÜR ALLE.

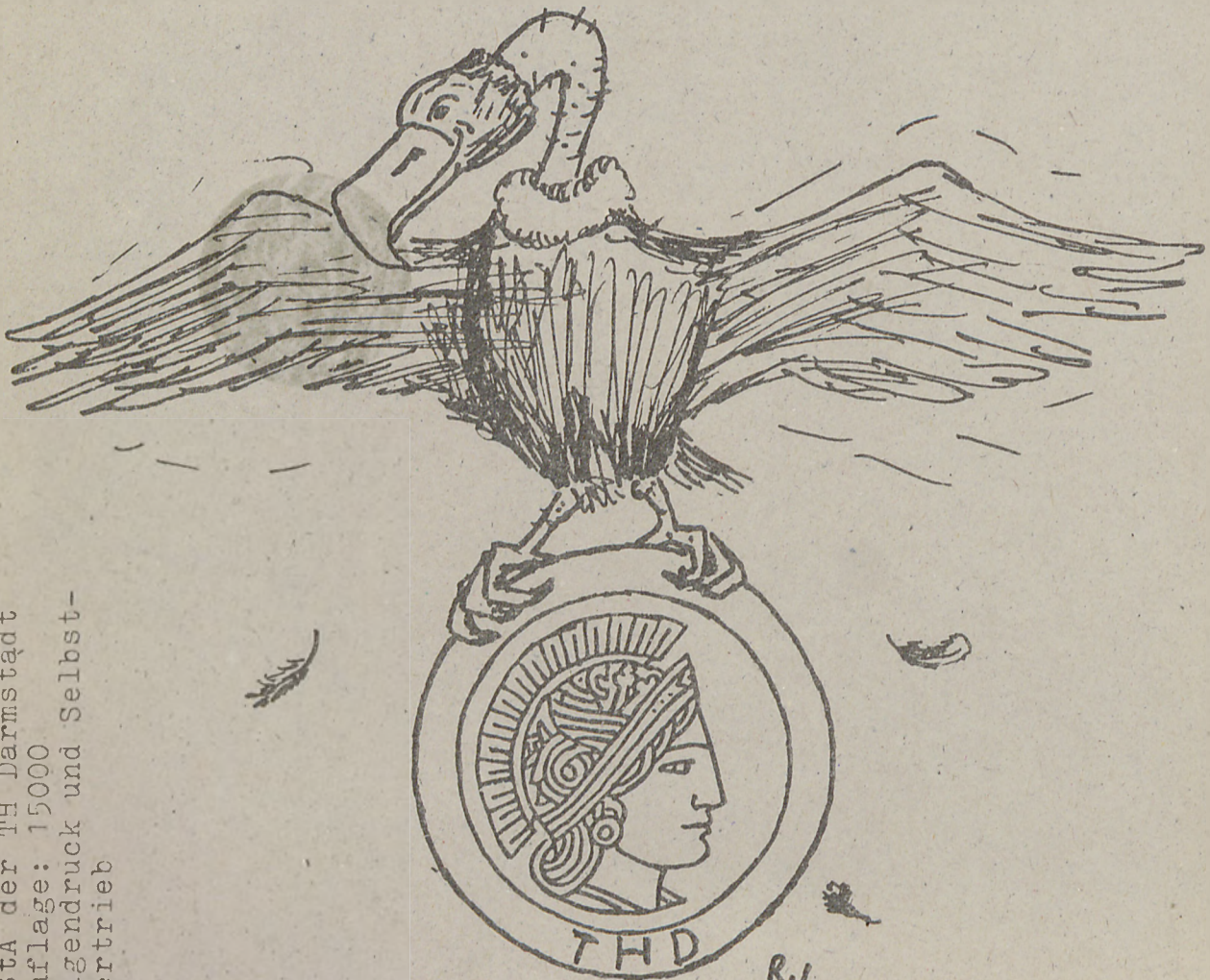
## Warum diese Zeitung?

Das Ziel dieser Zeitung ist es, Interessenten die Möglichkeit zu bieten, sich über spezielle Probleme im Zusammenhang mit Bildung zu informieren (Schulen und Hochschulen). Dies ist von besonderem Interesse für die Bewohner der Stadt Darmstadt, um Reaktionen und Probleme z.B. der Studenten verstehen zu können, die ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung dieser Stadt sind.

Hierbei ist ein wichtiger Punkt die Darstellung der Entwicklungsgeschichte von zur Zeit akuten Problemen an der Hochschule, die man nicht vom Gesamtzusammenhang isoliert darstellen kann. Wir versuchen, wichtige Ereignisse im Bildungsbereich darzustellen, die der lokalen Presse nicht wichtig genug waren, um abgedruckt zu werden.

Dem Leser von lokalen Zeitungen wird nur über Aktionen und Reaktionen an der Hochschule berichtet, die das Endstadium einer langen Entwicklung sind. Wie es dazu kommt, bleibt dem Leser vorenthalten, der somit ungenügend informiert ist, und sich dadurch schlecht eine Meinung bilden kann.

Zum Ausgleich und zur Ergänzung soll diese Zeitung aus der Sicht der Betroffenen die Bevölkerung informieren, und somit die Gelegenheit schaffen, den Bewohnern Darmstadts in dem Maße Informationen über die Hochschule zukommen zu lassen, wie es der Wichtigkeit des Hochschulbetriebs aus der Sicht der Studenten und anderen Betroffenen entspricht.



Impressum:  
v.i.S.d.P.r.:  
ASTA der TH Darmstadt  
Auflage: 15000  
Eigendruck und Selbst-  
vertrieb

# Der Bafög-Skandal:

Bafög: Bundesausbildungs-Förderungsgesetz - nach diesem Gesetz werden Schüler und Studenten, die es nötig haben, vom Staat finanziell gefördert. 1976 waren dies 38 % aller Studenten, 1979 nur noch 33%. Gleichzeitig sind 39 % aller Studenten darauf angewiesen, neben dem Studium noch zu arbeiten.

In den nächsten Tagen will der Bundestag ein Gesetz verabschieden, nach dem diese Förderung entscheidend eingeschränkt werden soll (7. Bafög - Novelle).

HE, DAS IST ABER  
NOCH NICHT ALLES!  
FORMBLATT DREIZEHN  
MUSS NOCH AUSGEFÜLLT  
WERDEN!



zu seinem  
Bafög zu  
kommen, ist  
garnicht  
so leicht...

## Eine "Erhöhung", die eine Kürzung ist

"Ab 1982 werden alle Teile des Volkes damit rechnen müssen, daß sie für das Gemeinwohl in Anspruch genommen werden" (H.D. Genscher, DA Echo 21.5.'81). Die Regierung meint also, daß ab dem nächsten Jahr das Gürtel-enger-schnallen richtig los geht. Damit liegt sie allerdings nicht ganz richtig: Für uns Studenten fängt es jetzt schon an.

"Aber in den Zeitungen steht doch, daß gerade 1982 das Bafög erhöht werden soll", könnte man jetzt einwenden. Tatsächlich soll angehoben werden - und zwar so, daß für Essen, Wohnung, Ausbildung etc. 20.-DM mehr monatlich gezahlt werden. Man kann sich aber ausrechnen, wie seit der letzten Erhöhung im Herbst 1979 die Preise gewachsen sind. Die "Erhöhung" ist in Wirklichkeit eine Senkung.

Insgesamt soll von 1980 bis 1984 der Bafög - Etat um keine Mark erhöht werden, während einerseits mit einem weiteren Anstieg der Studentenzahlen, und andererseits mit einer Preissteigerung von, grobgeschätzt, 20% gerechnet werden muß. (Diese Zahl ergibt sich, wenn man die gegenwärtige Steigung der Lebenserhaltungskosten von 4,5% im Jahr, für den Zeitraum bis 1984 annimmt.)

# (Forts. BaföG-Skandal)

## Chancengleichheit adé

Die Erhöhungen sollen nächstes Jahr kommen - die Kürzungen gehen schon jetzt im August los: Beispielsweise sollen Studenten an Universitäten, die ihre Hochschulreife erst an Fachhochschulen erlangt haben, nur in besonderen Fällen gefördert werden - nicht mehr dann, wenn sie ein neues Studium anfangen, sondern nur noch, wenn sie höchstens 2 Jahre lang ihr FH-Studium an der Universität fortsetzen. Davon sind besonders Arbeiterkinder betroffen, die im ersten Bildungsweg keine Gelegenheit zum Abitur hatten.

Auf welche Art die einzelnen Einsparungen auch zustande kommen werden - sicher ist dabei, daß sie hauptsächlich Studenten treffen werden, die sich auch schon vorher kein "lustiges Leben" leisten konnten, Studenten, auf deren Familien jetzt z.B. auch noch eine "lohnpolitische Wende" zukommen soll.

Die Folge ist natürlich, daß noch weniger dieser Studenten es sich leisten können, ein Studium anzufangen, oder ein angefangenes Studium fortzusetzen. Von der "Chancengleichheit", wenn es sie jemals gegeben hat, bleibt dann nicht viel übrig; das "Recht auf Bildung" wird an den Hochschulen vor allem zu einem Recht nur für Reiche.

Wir Studenten protestieren nicht dagegen, "für das Gemeinwohl in Anspruch genommen" zu werden - welches Gemeinwohl denn eigentlich? Dient es dem Gemeinwohl etwa, wenn -zig Milliarden in die "Tornados" gesteckt werden? (von denen heute höchstens sicher ist, daß sie immer wieder herunter kommen). Besteht das "Gemeinwohl" etwa darin, daß das soziale Netz, nicht nur für Studenten, sondern auch die ganze Bevölkerung zerschnitten wird, um Geld für Aufrüstung, Polizei, Autobahnen und Bürokratie herbeizuschaffen?

Wir sagen dazu nein und fordern:

- Sofortige Erhöhung des BaföG-Höchstförderungssatzes auf DM 750.-- und des Elternfreibetrages auf DM 1500.--, keine Verschiebung der Anpassung!
- Jährliche Anpassung der BaföG-Sätze an die gestiegenen Lebenserhaltungskosten!
- Keine Einschränkung des Kreises der geförderten, insbesondere keine Verschlechterung der Förderung der Absolventen des 2. Bildungsweges!
- Erhöhung des BaföG-Haushaltes auf Kosten des Rüstungshaushaltes!

### Zur Essenspreiserhöhung in der Mensa:

Montag - nach mehr oder weniger erhellenden Stunden im Hörsaal oder den (noch) funktionierenden Übungsgruppen, begibt sich so mancher Student in die Mensa, seinen über über das Wochenende fast kurierten Magen-Darm-Trakt ignorierend. Einige essen dort, weil sie zu den finanziell nicht krisenfesten "Bafög-oder-Stipendiumsstudenten" gehören, andere wohl, um sich abzuhärten, oder weil sie glauben, hohe Dosen Konservierungsmittel verlangsamen auch den Alterungsprozess. Warum auch nicht? Satt wird man spätestens nach einem Nachschlag, und manchmal ist das sonst kalte Essen aufgrund eines Irrtums sogar lauwarm und überhaupt - die heutige Generation ist, wie überall, auch in Punkto Essen, viel zu anspruchsvoll! So muß der Student wohl oder übel vergessen, daß er z.B. in einer großen Firma als Werkstudent richtig warmes, nahrhaftes (keine durchsichtigen Fleischscheiben) und recht schmackhaftes Essen noch billiger bekam. Bei dieser Firma gab es 1980 Essen für 1,50 DM und 2,50 DM, welches durch diese nochmals durch denselben Betrag subventioniert wurde.

So mancher muß ebenfalls verdrängen, daß letztes Jahr einige seiner Kommilitonen(innen) nach "Genuß" eines verdorbenen Salates in der Mensa für einige Zeit im Krankenhaus lagen.

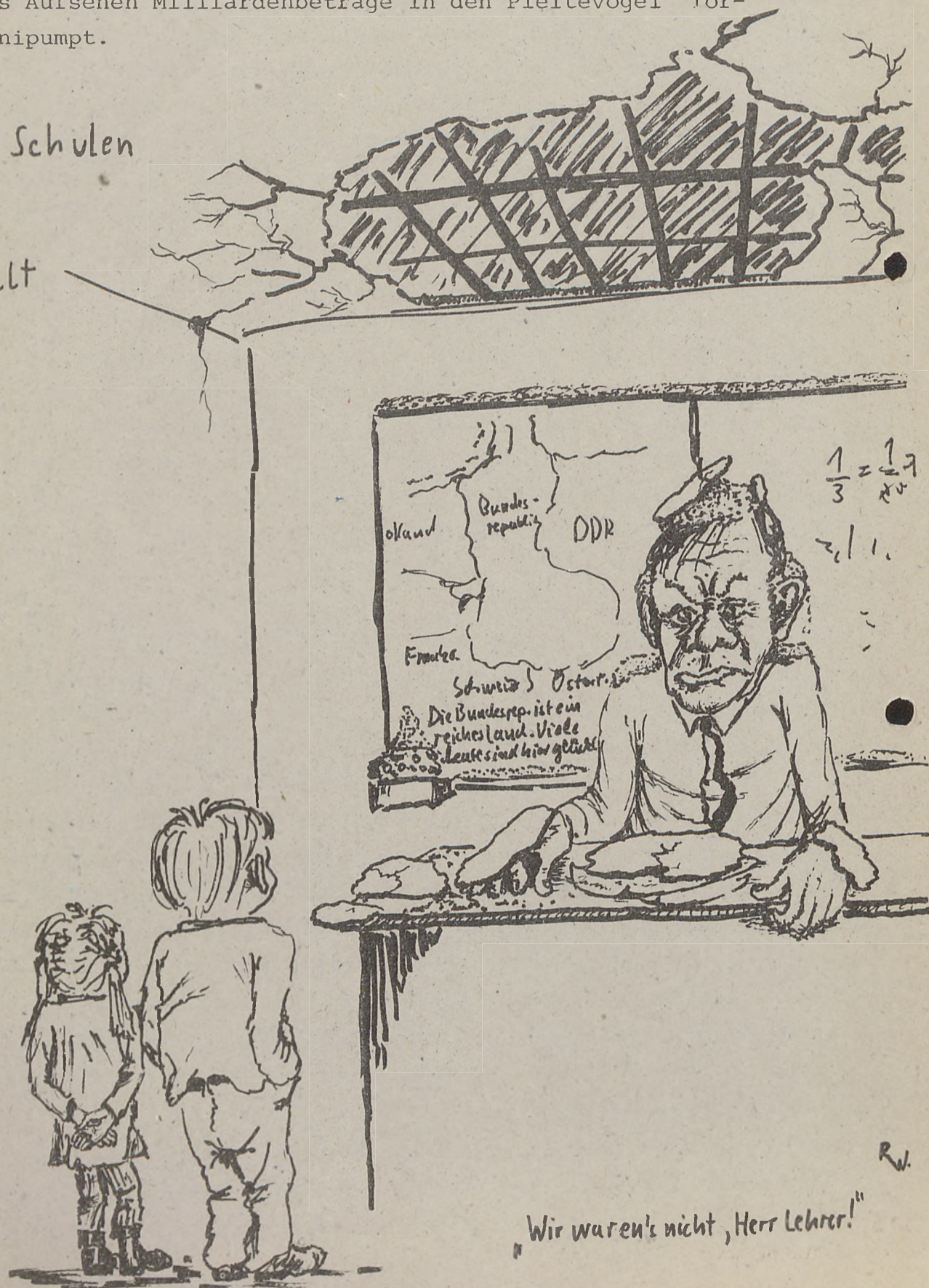
Doch genug des Lästerns. Nun wurden aufgrund der Mittelkürzungen die Essenspreise um 30 Pfennige auf 2 DM bzw. 2,80 DM erhöht. "Das wird wohl keinen Studenten ruinieren" ist der Betrachter geneigt zu denken. Das mag auf viele Studenten aus gutbürgerlichem Hause zutreffen, jedoch vergißt er, daß es auch andere gibt. Die vorhin genannten Studenten, die von der inzwischen eingefrorenen Bafög-Unterstützung leben müssen, oder ausländische Gaststudenten, viele davon aus der "3. Welt", die auf Stipendien oder jobben (falls eine Arbeitserlaubnis überhaupt vorhanden ist) angewiesen sind, werden wohl sehr hart getroffen. Denn für viele angesichts überfüllter Wohnheime auf sehr teure Zimmer (über 200 DM Miete üblich) ausgewichene Studenten, die auch die oft sehr teuren Studienbücher kaum bezahlen können, sind 6 DM mehr Essensgeld im Monat kein "Pappenstiel". Es ist zu bedenken, daß außerdem die Preise für Benzin und öffentliche Verkehrsmittel (Hand in Hand) steigen, also auch der Prozentsatz der Betroffenen ständig steigt.

Falls man nun die vorhergehenden Artikel gelesen hat, wird man verstehen, daß die Essenspreiserhöhung sozusagen das Faß zum überlaufen bringt. Nicht nur die finanzschwachen Studenten sind

nicht gewillt, dieses Vorzeichen einer sicher kommenden weiteren radikalen Mittelkürzung hinzunehmen, denn es läuft darauf hinaus, daß nur noch kapitalkräftige Leute studieren können.

So beginnt man sich zu fragen, wie der (von den Kosten eines verfilzten Beamtenapparates geplagte) Staat dem hohen Anspruch eines "Sozialstaates" gerecht werden will, wenn er nicht genügend Mittel für den Bildungsbereich abstellen will, dafür aber ohne großes Aufsehen Milliardenbeträge in den Pleitevogel "Tornado" hinenipumpt.

Wenn in Schulen  
der Putz  
runterfällt  
...



"Wir waren's nicht, Herr Lehrer!"

## Bildungsprobleme - nicht nur Studentenprobleme:

Als sich im letzten Dezember die Studenten mit Flugblättern und Informationsständen in der Innenstadt direkt an die Bevölkerung wandten mit ihrem Protest, mußten sie feststellen, daß für Bildungsprobleme kein übermäßig starkes Interesse vorhanden war. Das ist an sich kein Wunder - selbst unter den Studenten, die ja als erste betroffen sind, gab und gibt es viele, die sich darum nicht kümmern.

Die Probleme, die bei diesen Protesten aufgegriffen wurden, gehen aber nicht nur Studenten etwas an: Der Bildungsetat - das betrifft auch das Geld, mit dem die Lehrerknappheit behoben werden müßte, mit dem baufällige Schulen repariert oder auch durch neue ersetzt werden könnten. Auch was an den Hochschulen vor sich geht, sollte "Außenstehenden" nicht egal sein. Zum Beispiel, daß durch mangelhafte Ausbildung unfähige Lehrer an die Schulen kommen, oder daß gerade Studenten aus finanziell schlechter gestellten Familien noch stärker benachteiligt werden. Oder wer in einem Betrieb arbeitet, merkt es sicher bald, ob sein vorgesetzter Ingenieur noch mehr beherrscht, als nur die Deutsche Industrienorm - also ob er gut ausgebildet ist.

Was wir unter anderem erreichen wollen, ist eine vernünftige Mittelverteilung. Es ist eigentlich genügend Geld vorhanden - es kommt nur nicht an die richtigen Stellen (wie zum Beispiel in den Bildungsetat!) Das ist ein Ziel, das durch studentischen Protest alleine sicher nicht erreicht werden kann. Auch ein Grund dafür, daß diese Zeitung erscheint.



"...Nein...tut mir leid...  
...nein, wir können Sie nicht  
als Assistent einstellen...  
...die Kreiderechnung vom letzten Semester ist noch nicht bezahlt..."

### Mittelkürzungen - nichts neues:

Von Mittelkürzungen im Bildungsbereich wurde erst im Haushalt 1981 gesprochen. Aber gekürzt wird schon länger.

"Wir wissen, daß die Situation an den Hochschulen vor allem aufgrund ungewisser Zukunftsperspektiven der Studierenden und zunehmender Belastung infolge steigender Studentenzahlen schwierig ist. Wir appellieren jedoch an die Vernunft und Einsicht von Studierenden und Lehrenden, die Gesamtzusammenhänge zu sehen. Wir tun alles in unseren Kräften stehende, die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen zu sichern."

(Auszug aus dem Regierungsprogramm der hess. Landesregierung 1980)

Da drängt sich doch die Frage auf, wieso steigende Studentenzahlen eine steigende Arbeitsbelastung verursacht hat. Das ist nur dann möglich, wenn die Betreuung durch Hochschulpersonal und Materialien schlechter wird. Und so ist es auch:

Die Studentenzahl an der TH Darmstadt erhöhte sich seit 1974 um 1/3. Dabei blieb die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Professoren fast konstant. Die Mittel für Tutoren und wissenschaftliche Mitarbeiter (Die Leute, die die Studenten direkt betreuen) sanken von 3,6 Millionen 1974 auf 3,5 Mill. 1981, wobei die Inflation zusätzlich noch zu berücksichtigen ist. Das bedeutet bei den gestiegenen Studentenzahlen an der THD real einen Rückgang der Betreuer pro Student um nahezu die Hälfte!

Wie will da die Landesregierung ihrem Ziel "daß auf allen Ebenen des Bildungsbereichs die Ausbildungskapazitäten erweitert werden" gerecht werden? Es ist doch offensichtlich seit Jahren so, daß Kapazitätserweiterung nichts anderes heißt, als mehr Studenten aufzunehmen ohne weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wenn sich die Studenten gegen Mittelkürzungen wehren, so darum, weil die "Gesamtzusammenhänge" für uns anders aussehen, als für die Landesregierung. Diese Mittelkürzung 1981 ist nämlich keine Verschlechterung im Zusammenhang mit einer momentanen Rezession, sondern eine seit Jahren andauernde Austrocknung des Bildungssektors.

Die Landesregierung befolgt schon seit Jahren nicht mehr ihr bildungspolitisches Konzept, und sollte dies wenigstens zugeben.